

N i e d e r s c h r i f t

**der 24. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 07.06.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	bis 17:40 Uhr
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hubert Leuschner	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	vertreten durch Frau Dr. Annegret Bergner
Herr Werner Misch	CDU	vertreten durch Herr Harald Bartl bis 17:40 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege	
Frau Gudrun Beitz	
Frau Uta Balleyer	FB 31
Frau Kerstin Schmidt	FB 32

Gäste:

Herr Klaus Sturm	amt. Teamleiter Verkehrsorganisation im FB 66 – zu TOP 5.2.
------------------	---

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 12.04.2007
4. Vorlagen
5. Anträge
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296
 - 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Mitteilungen
 - 8.1. Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Nachfolgende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 12.04.2007
4. Vorlagen
5. Anträge
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296
 - 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Mitteilungen
 - 8.1. Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 12.04.2007**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Vorlagen**

Protokoll:

Vorlagen gab es nicht.

zu 5 **Anträge**

zu 5.1 **Antrag des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06296**

Protokoll:

Herr Weihrich informierte über ein Gespräch im FB 31 und teilte mit, dass ein sinnvoller Kompromiss zum Anliegen Baumschutz gefunden worden sei. Er verwies auf den allen Mitgliedern vorgelegten modifizierten Antrag.

Herr Dr. Yousif sah keinen Unterschied zum bisherigen Antrag und **Herr Leuschner** meinte, dass der bisherige 3. Beschlusspunkt wieder mit aufgenommen werden sollte.

Herr Doege begrüßte die Kompromisslösung und begründete dies u. a. damit, dass die erste Fassung in Bezug auf die betroffenen Bäume zu generalisierend gewesen sei.

Zum Hinweis von **Herrn Dr. Fiedler**, die Bevölkerung über die Presse zu informieren, verwies **Frau Balleyer** auf das Internet und regelmäßige Presseinformationen. Ferner teilte sie mit, dass der jetzt mit Herrn Weihrich abgestimmte Kompromiss für den Fachbereich händelbar sei.

Zur Anregung von **Herrn Klaus**, Mitarbeiter zur Auskunftserteilung gegenüber Nachfragenden zu befähigen, teilte **Herr Doege** mit, dass Baumpflegemaßnahmen durch beauftragte Firmen durchgeführt werden, die natürlich die Hintergründe nicht kennen. Durch das Fachpersonal könne nicht alles begleitet werden. Werde seitens des Fachbereiches eingeschätzt, dass es zu Konflikten kommen könne, seien die Mitarbeiter ausreichend informiert und sensibilisiert.

Dem nachfolgend modifizierten Antrag wurde mit

9 – Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über Baumfällgenehmigungen mit absehbar öffentlichem Interesse im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu informieren. Sofern eine Vorabinformation nicht möglich ist (Gefahr im Verzug), erfolgt die Information nachträglich mit Darstellung der Gefahrenlage.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fällungen von Bäumen mit absehbar öffentlichem Interesse durch Presseinformationen bekannt zu machen. Sofern möglich, erfolgt die Bekanntmachung vor der Fällung. Ist dies nicht möglich (Gefahr im Verzug), wird im Nachhinein informiert. Die Information umfasst eine Darstellung der Gefahrenlage.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur verkehrsrechtlichen
Kennzeichnung des Marktplatzes als Fußgängerzone
Vorlage: IV/2007/06402**

Protokoll:

Herr Dr. Fikentscher begründete den Antrag u. a. damit, dass Fußgänger und Radfahrer offensichtlich den Bereich unterschiedlich wahrnehmen würden. Daraus ergebe sich ein Gefahrenpotenzial.

Auf die Frage von **Herrn Doege**, ob der Antrag so verstanden werde, den Marktplatz insgesamt als Einheit zu betrachten oder unter Ausschluss der Straßenbahntrasse, bezog sich **Herr Dr. Fikentscher** darauf, dass man vom Markt kommend in Richtung Marktkirche annehme, dass dieses Gebiet für den Straßenverkehr gesperrt sei. Diese missverständliche Situation müsse beseitigt werden.

Herr Sturm verwies u. a. darauf, dass die neue Lösung mit den Verkehrszeichen von dem bisherigen System abweiche. Bisher sei es so gewesen, dass der gesamte Marktplatz, inklusive Straßenbahnschienen, als Fußgängerzone beschildert war. Dass die Straßenbahn mit Schrittgeschwindigkeit fahren dürfe, sei damals mittels Ausnahmegenehmigung geregelt gewesen. Die Ausnahmegenehmigung hätte jedoch nach Aussage des damaligen Regierungspräsidiums nicht erteilt werden dürfen. Gestalterisch seien bereits verschiedene angrenzende und in der Vergangenheit sanierte Straßen (Gr. Ulrichstr., Schmeerstr.) im Sinne eines verkehrsberuhigten Bereiches umgebaut worden. D. h., Fahrbahn und Gehwege seien durch 3 cm Borde getrennt. Es lag nun auf der Hand, den Marktplatz in gleicher Weise umzugestalten. Entlang der Gleistrasse seien Verkehrszeichen angebracht, die dem Fußgänger an den Schnittstellen deutlich zeigen sollen, wo eine Fußgängerzone endet und wo die Fahrbahn (Gleisbereich) beginnt. Allerdings sei anerkannt, dass noch Verkehrszeichen etwa in der Mitte des Marktplatzes ergänzt werden sollten. Die Schaffung einer Fahrbahn im Gleisbereich habe zudem die Möglichkeit der Bündelung des Rad- und Lieferverkehrs eröffnet, insbesondere in Süd-/Nord-Richtung. Zudem könne der Radverkehr

jetzt ganztägig über den Marktplatz fahren. Die Lösung sei verkehrssicher. Ein signifikantes Unfallgeschehen gebe es nicht.

Die Frage von **Herrn Doege**, ob die Gleistrasse Ost-/West-Richtung Talamtstr. bis zu Kleinschmieden auch für den Fahrradverkehr freigegeben sei, wurde von **Herrn Sturm** mit dem Hinweis bejaht, dass bereits jetzt die sperrenden Verkehrszeichen im Bereich Kleinschmieden für den Radverkehr geöffnet wurden.

Herr Dr. Fiedler spricht sich gegen die Meinung der Verwaltung aus, weil dabei überhaupt nicht an ältere und blinde Bürger gedacht worden sei. Des Weiteren bezog er sich auf einen Stadtratsbeschluss, der seiner Meinung nach keine Wirkung habe. Die jetzige Situation sei völlig irreführend.

Herr Sturm antwortete, dass der gesamte Markt - außer den Gleisbereichen – Fußgängerzone sei. Der Gesetzgeber habe zudem festgelegt, dass bei Zulassung von Verkehr dieser in Fußgängerzonen Schrittgeschwindigkeit zu fahren habe. Dies könne weder der Straßenbahn noch dem Rad- oder Lieferverkehr zugemutet werden.

Herr Doege ergänzte, dass hier ausschließlich Straßenverkehrsrecht gelte. Landes- oder Kommunalrecht seien nicht anwendbar. Der Stadtrat könne insofern keine Verkehrszeichen festlegen.

Frau Dr. Bergner verwies darauf, dass bei der Stadtratsbeschlussfassung eine andere Situation war und sie kein Gefahrenpotenzial sehe.

Herr Klaus ist der Ansicht, dass die Sätze eins und zwei sich gegenseitig ausschließen würden.

Herr Doege äußerte, dass der Stadtrat über die Einrichtung von Fußgängerzonen nicht beschließen könne, da es sich um eine so genannte verkehrsrechtliche Anordnung handele und die Verwaltung hier im übertragenen Wirkungsbereich tätig werde. Der Stadtrat habe lediglich zur Umgestaltung des Marktplatzes einen Beschluss gefasst.

Zur Frage von **Herrn Zeidler**, ob der Fahrradverkehr auf den Gleistrassen analog der zeitlichen Eingrenzung auf dem Marktplatz erfolgen könne, antwortete **Herr Doege**, dass eine Fußgängerzone den Straßenverkehr ausschließe. Die Ausnahme mit einem Zusatzschild kenntlich zu machen, sei genehmigungsrechtlich nicht möglich.

Herr Zeidler meinte, dass seine Fraktion sich mit der Problematik noch einmal befassen und evtl. zu einem späteren Zeitpunkt den Antrag zurück ziehen würde.

Frau Schlüter-Gerboth sieht kein Gefährdungspotenzial, und **Herr Wehrich** stimmt der Stellungnahme der Verwaltung vollinhaltlich zu.

Frau Krischok kritisierte das undisziplinierte Verhalten der Fahrradfahrer.

Dem von **Frau Dr. Bergner** gestellte Geschäftsordnungsantrag zum Abschluss der Diskussion wurde **einstimmig** zugestimmt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit

6 – Nein-Stimmen
3 – Stimmenthaltungen

abgelehnt.

zu 6 **Anfragen**

Protokoll:

Auf die Frage von **Herrn Zeidler**, wie schnell die Fahrradfahrer in der Leipziger Straße fahren dürfen, antwortete **Herr Sturm**, dass nur Schrittgeschwindigkeit gefahren werden dürfe. Gegenüber der Polizeidirektion wurde die Empfehlung einer öfteren Kontrolle gegeben. Die Kommune sei nicht berechtigt, Kontrollen durchzuführen, da es sich um den fließenden Verkehr handele, so **Herr Doege**.

Herr Dr. Yousif und **Frau Schlüter-Gerboth** baten um nähere Informationen zur Lärmbelästigung und zum auffälligen Verhalten von Jugendlichen (u. a. Alkohol, Drogen) anlässlich des Turntable Days.

Frau Schmidt berichtete u. a., dass wegen des ruhestörenden Lärms bei der Polizei 21 Anrufe, in der Leitstelle Ordnungsamt 2 Anrufe, im Bürgerbüro 3 E-Mails, eine persönliche Vorsprache und beim MDR 2 E-Mails eingegangen seien. Der FB 37 hatte 16 Rettungsdiensteinsätze. Die Malteser hatten vor Ort 105 Einsätze, davon u. a. 25 Kreislaufprobleme, 11 wegen Alkohol/Drogen, 39 Bagatellverletzungen. Aus polizeilicher und sicherheitsbehördlicher Sicht sei die Veranstaltung ohne nennenswerte Probleme verlaufen.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Herr Doege verwies auf die allen Ausschussmitgliedern übergebenen schriftlichen Beantwortungen, zu denen es keine Hinweise oder Nachfragen gab.

zu 8 **Mitteilungen**

Protokoll:

Frau Balleyer verwies auf die den Ausschussmitgliedern vorgelegte Mitteilung zur Fällung von 51 Trauerweiden auf dem Gelände des Gertraudenfriedhofs.

Da auf Nachfrage eine nähere Beschreibung eines „Amberbaumes“ nicht geantwortet werden konnte, wird diese als Anlage dem Protokoll beigefügt.

zu 8.1 Vorstellung des Konzeptes des diesjährigen Weihnachtsmarktes

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass die Vorstellung des Konzeptes vorbehaltlich der Autorisierung durch die Beigeordnetenkonferenz erfolgen könne. In der Niederschrift sei dann allerdings nur auszusagen, dass die Konzeption in den Grundzügen vorgestellt wurde.

Frau Schlüter-Gerboth machte auf das Auswahlverfahren bei der Vergabe von Standplätzen aufmerksam mit dem Hinweis, mehrfach gleiche Warenangebote zu vermeiden.

Herr Wehrich bat um Vertagung der Problematik, da er wesentliche Inhalte des Konzeptes in der Niederschrift wieder finden möchte.

Der Vertagung wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

Herr Wehrich verwies darauf, dass möglicherweise die Ausschusssitzung am 05. 07. 07 ausfällt, da verwaltungsseitig noch nicht endgültig feststeht, ob Vorlagen im Ausschuss behandelt werden müssen. Sollte die Sitzung stattfinden, werden Vorlagen allerdings nicht fristgemäß den Ausschussmitgliedern zugestellt. Dies könnte eine Woche vor der Sitzung sein, so **Herr Doege**. Eine schriftliche Information erhalten die Mitglieder spätestens bis 27.06.2007.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin